

# Frankfurter Post

34136741  
3082410193

Erscheint 3-mal wöchentlich:

am **Mittwoch** und am **Sonntag**  
(vorläufig nur 1 mal wöchentlich).

Geschäftsstunden: werktäglich von 9—11  
Uhr vorm. — Sprechstunde der Redak-  
tion: In der Wohnung des verantw.  
Redakteurs — Sublofiz-Str. (früher Malaja  
Stubebnaja) Nr. 13., Du. 6. im Hof—werk-  
täglich von 6—7 Uhr abds.

Die Geschäftsstelle befindet sich im  
Deutschen Nationalrat für Georgien:  
Tiflis, Michael-Str. Nr. 108.

Nr. 28.

Tiflis, Sonnabend, den 22. Juli 1922.

14. Jahrgang.



Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die  
traurige Mitteilung, daß unser vielgeliebter Gatte,  
Vater und Großvater

## Friedrich Vollmer

im Alter von 60 Jahren, in Elisabeththal,  
den 15. Juli, nachmittags um 1 1/2 Uhr, nach kur-  
zem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

### Politische Nachrichten.

Die Haager Konferenz ist, wie über Moskau gemeldet wird, in eine „Sackgasse“ geraten, da die russische Kommission in der Frage des Schadenersatzes für das von der Sowjetregierung verstaatlichte Privateigentum der Ausländer darauf besteht, daß die diesbezüglichen Verhandlungen mit den entsprechenden Regierungen, nicht aber von Fall zu Fall mit den Geschädigten selbst geführt würden, während die russische Kommission erklärt, daß sie hierbei die Regierungen ausgeschaltet wissen möchte und von diesem Standpunkt nicht abweichen werde. Die Telegraphenagentur „Gavas“ bezeichnete bereits Ende der vorigen Woche, wie ein Raucener Funkpruch vom 14. d. Mts. besagt, die Konferenz als gescheitert. Der Vorsitzende des Unterausschusses für das Eigentum habe gefunden, daß die Konferenz überflüssig sei, sofern Ausland sich nur darauf beschränken wolle, private Abkommen mit den ehemaligen Eigentümern abzuschließen. Die französischen und die belgischen Delegierten hätten jedoch aus Anordnung aus Paris ihre Koffer gepackt und seien abgereist. Krassin, der inzwischen auch nach dem Haag gekommen war, soll ebenfalls die Konferenz verlassen haben. Offiziell würde dieselbe aber erst dann geschlossen werden, wenn die beiden anderen Unterausschüsse (Schulden bezw. Kredite) die nämliche Entscheidung wie der erstgenannte Unterausschuß (Privateigentum), d. h. die Fortsetzung ihrer Tätigkeit wegen Ausschließlichkeit abzubrechen, gefast haben würden, was in einigen Tagen geschehen müsse. Schließlich wurde aber mitgeteilt, daß die Nachricht von dem Scheitern der Konferenz als verfrüht zu betrachten sei, denn Krassin, der Vertreter Sowjet-Auslands in Berlin, habe mit Nischitschew, dem russischen Volkskommissar für das Auswärtige, eine Zusammenkunft gehabt und sei dann nach dem Haag zurückgekehrt, um „den Versuch zu machen, eine Wiedereröffnung der Haager Konferenz zustande zu bringen“. Die Presse beider Lager beschäftigte sich unterdessen mit Erörterungen der Frage, wen die Schuld an der vorzeitigen Beendigung der Konferenz trafe. Die englische Presse („Daily Telegraph“ u. a.) meint, daß der Zusammenbruch erst der Genueser und jetzt der Haager Konferenz einzig England zur Last gelegt werden müsse, das abgelehnt habe, Verpflichtungen nachzukommen, die für alle zivilisierten Staaten verbindlich seien. Die russische Presse hält die Erklärung Litwinoffs, daß die Gegenpartei für das Mißlingen der Haager Konferenz verantwortlich sei, da sie, anstatt die Frage der Kredite für Ausland zu erörtern, sich nur mit Formalitäten abgegeben habe, für die allein zurechnend. Jedemfalls könne von einer Kapitalisation Auslands vor der Bourgeoisie des Westens nicht die Rede sein, und das sei die Hauptsache, hierin liege die

große Bedeutung des moralischen Sieges, den Ausland zweifelsohne in den Augen des Weltproletariats über den imperialistischen Kapitalismus sieden davongetragen habe. Die amerikanische Presse spricht von „mißlichen Folgen“, die für die Sowjetregierung aus dem Scheitern der Konferenz, das gleichbedeutend sei mit dem Scheitern der Hoffnungen jener auf die materielle Hilfe des Auslands, entstehen könnten. Wie in Erwiderung auf diese pessimistische Beurteilung der Position der Sowjetregierung schreibt die Hüssler „Sarka Wostok“ an leitender Stelle, daß man versuchen werde, mit eigenen Mitteln über das wirtschaftliche Elend hinwegzukommen; wenn das sich aber als unmöglich erweisen sollte, so würde der Moment eintreten, den einer der führenden Männer des heutigen Auslands (Trozkij, wenn wir nicht irren) mit den Worten gekennzeichnet hat: „Dann werfen wir die Tür mit solch einem Getöse zu, daß den Herren Kapitalisten, die, statt uns zu helfen, uns das Fell über die Ohren ziehen wollten, die Schädel auseinander fliegen sollen.“

Die Ausgaben Deutschlands, die sich aus der Ausführung des Friedensvertrages von Versailles ergeben, nehmen bekanntlich etwa zwei Drittel des gesamten Reichsbudgets für 1922 in Anspruch, indem sie die Summe von 226,5 Milliarden Papiermark, berechnet nach einem Kurse von nur 1:70, ausmachen, die sich wie folgt zusammensetzt: a) 1450 Millionen Goldmark = 102 Milliarden Papiermark in Sachleistungen; b) 720 Millionen Goldmark = 50 Milliarden Papiermark in bar; c) Ausgleichsverfahren 32 Milliarden Papiermark; d) Flüchtlingfürsorge, Ausgaben für Verdrängungsschäden, für vertriebene Beamte aus dem Elsaß usw. 11 Milliarden Papiermark; e) Erschließungen von Vieh, Unbrauchbarmachung von Kriegsmaterial u. dgl. 25 Milliarden Papiermark; f) Befahrungskosten (ohne Gold und Gehälter) 6,2 Milliarden Papiermark und g) Internationalisierte Kommissionen 1,8 Milliarden Papiermark. Diese riesigen Summen müssen meist, direkt oder indirekt, in ausländischer Währung ausbezahlt werden. Sie sind es, die alle Staatsberechnungen immer wieder über den Haufen werfen, die die deutsche Zahlungsbilanz hoffnungslos passiv wachsen und die deutsche Notenpresse schneller und schneller in Gang bringen. Diesen Teil des Budgets, der sich natürlich nicht aus den laufenden Erträgen der deutschen Volkswirtschaft befriedigen läßt, möchte die deutsche Regierung durch äußere Anleihen gedeckt wissen. Die Anleihefrage ist aber, wie wir seinerzeit berichtet haben, nicht so einfach zu lösen, und es dürfte noch geraume Zeit vergehen, bis es dazu kommt. Unterdessen reizt sich die Finanznot Deutschlands immer mehr und mehr: Der Markkurs fällt vor jedem neuen Teilzahlungstermin in bedrohlichem Maße, und das Verhältnis der Papiermark zur Goldmark verschiebt sich zu Ungunsten der ersteren zusehends (heute wie 100:1). Kein Wunder deshalb, daß die deutsche Regierung sich genötigt gesehen hat, die Reparationskommission erneut um ein Moratorium (Zahlungsausschub) zu bitten. Zum 15. Juli waren nämlich wieder nicht mehr und nicht weniger als 50 Millionen Goldmark zu zahlen, von denen aber nur ein Teil, etwa, wie es scheint, die Hälfte, beglichen werden konnte, während die übrige Schuld hängen blieb. In der Reparationskommission erklärte das englische Mitglied derselben, Bradburn, er müsse durchaus darauf bestehen, daß Deutschland, was die Zahlungen in bar anbelangt, ein mehrjähriges Moratorium gewährt, die Menge der Sachleistungen verringert und die Juli-Zahlung, wenn auch nicht abgeändert, so doch auf einen späteren Termin

verlegt würde. Die anderen Mitglieder der Rep.-Kommission zeigten sich mit D.'s Vorschlag einverstanden, und nur der Vorsitzende Dubois (er ist es, nicht Delacroix, wie wir in einer der vorhergehenden Nummern irrtümlich gemeldet haben) widersprach B. hartnäckig. Hernach hatte Dubois eine Unterredung mit Poincaré, und, wie verlautet, hat dieser ihn dazu ermächtigt, sich dem Vorschlag D.'s anzuschließen. Die französischen Zeitungen verhielten sich zu dieser Entwicklung der Dinge recht mißbilligend und betonten, daß die Interessen Frankreichs energischer gewahrt werden sollten. Die Reparationskommission hat der deutschen Regierung daraufhin mitgeteilt, daß die Juli-Zahlung erfolgen müsse, die Frage des Moratoriums aber bis zum Eintreffen der von der Garantiekommision in Berlin zu erwartenden Angaben offen gelassen werde. Der für den vorigen Montag angekündigte Besuch Poincarés in London, der bekanntlich zu dem Zweck unternommen wird, Lloyd George die Möglichkeit einer unmittelbaren Verständigung mit dem französischen Premierminister über Beseitigung der deutschen Finanzkrise zu bieten und also auch mit der Lösung des Moratorium-Problems zusammenhängt, ist infolgedessen auf Mitte August verschoben worden, bis zu welchem Zeitpunkt die Reparationskommission sich die Entscheidung in dieser letzteren Angelegenheit vorbehalten hat. In maßgebenden Kreisen Londons gibt man sich trotz dem absehenden Verhalten der Vereinigten Staaten von Nordamerika gegen eine Beteiligung an der für Deutschland zu beschaffenden internationalen Anleihe der Hoffnung hin, daß zuguterletzt die amerikanische Finanzwelt sich doch geneigt finden werde, zum Wiederaufbau Europas das übrige beizutragen. Die offiziellen Kreise Washingtons verhalten sich zum deutschen Problem mit dem größten Vorbehalt, während die amerikanische Presse sich sehr eingehend mit ihm beschäftigt. Die Zeitungen halten die Bereitwilligkeit Poincarés, die Verpflichtungen Deutschlands zu erleichtern, vorausgesetzt, daß England die Schulden Frankreichs an dasselbe annulliert, in welchem Sinne sich Poincaré jüngst geäußert haben soll, für ein Eingehändnis der Uebertriebenheit der Reparationsforderungen. Im Zusammenhang mit obigem dürfte folgende beinahe als Kuriosum anzusprechende Tatsache auch für den Leserkreis unseres Blattes von Interesse sein: Infolge Erhöhung der Raubungsmittelpreise in Deutschland hat der Finanzausschuß der Völkerver Konferenz die Gehälter der internationalisierten militärischen Kontrollkommissionen stark hinaufgesetzt. Deutschland soll für die Monate Juni und Juli jedem Entente-General je 104 000 Mark, statt wie bisher 72 000 M. pro Monat, zahlen und jedem Entente-Soldaten je 15 300 Mark, statt der bisherigen 10 000 M. monatlich. Die Berliner „Daily American“ protestiert gegen diese Zumutung an Deutschland und erklart die Ungerechtigkeit namentlich darin, daß ja die Zahl der zu den Entente-Kommissionen gehörenden Offiziere und Mannschaften unbezogen sei.

Präsident Ebert traf am Sonnabend, d. 15. d. M., auf Bitten des Reichskanzlers abermals in Berlin ein (er weilte bekanntlich zurzeit in einem Kurort, wo er seine zerrüttete Gesundheit wiederherzustellen hofft), um an wichtigen Besprechungen der politischen Lage teilzunehmen. Es handelte sich hierbei fast ausschließlich um die durch Einbringung des Gesetzes betreffend den Schutz der Republik und der Amnestievorlage herausbeschorene Kabinettskrisis. Die Besprechungen fanden auch statt, und zwar eine mit dem Reichskanzler und eine an-

bere mit den Parteiführern, aber sie erwiesen sich als nicht mehr von besonderer Dringlichkeit oder Wichtigkeit, da inzwischen die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen beschlossen hatten, künftig eng zusammenzuarbeiten, mit anderen Worten einen Block zu bilden und nach außen hin die frühere einheitliche sozialdemokratische Partei wiederherzustellen (ohne jedoch von der gebildeten inneren Parteiorganisation abzusehen). Diesem proletarischen Block, der im Reichstag über 180 Mandate verfügt, gegenüber steht der bürgerliche Block der Demokraten und des Zentrums mit der Deutschen Volkspartei, der fast gleichzeitig mit ersterem gebildet worden ist. Trotz der scheinbaren Gegensätzlichkeit ist zwischen beiden Blöcken eine Verständigung über die wichtigsten Fragen erfolgt und dadurch die Gefahr einer Auflösung des Reichstags beseitigt worden. Mit nur einigen Abänderungen sind die von der Regierung eingebrachten Vorlagen, den Schutz der Republik und gewisse von der Reparationskommission geforderte Finanz- und Steuerreformen betreffend, vom Reichstag genehmigt worden, und ist letzterer dann in die Ferien gegangen, die bis zum Oktober dauern sollen. Die Neugekaltung des Kabinetts gilt als bis dahin mitvertagt.

Präsident Ebert hat sich an den Reichstagsler Dr. Birtz mit einem Schreiben gewandt, in welchem er den Wunsch ausdrückt, daß mit den Vorbereitungen zu den Präsidentschaftswahlen begonnen werden, da ja nun infolge des deutsch-polnischen Abkommens, betreffend Oberschlesien, die Grenzen des deutschen Staatsgebiets endgültig festgelegt seien. Der Reichstagsler und die Parteiführer sind überein gekommen, die Wahlen bis zum Herbst, nachdem der Reichstag wieder zusammengetreten sein würde, aufzuschieben.

General Lerond, der ehemalige Oberbefehlshaber der interalliierten Truppen im oberschlesischen Abkommungsgebiet, hat nach Abzug derselben Dppeln am Sonntag, d. 9. d. Mis., verlassen. Am Montag in der Frühe sind deutsche Truppen in die Stadt eingerückt, die den bei Deutschland verbliebenen Teil Oberschlesiens unter ihren Schutz genommen haben. In ihrer Begrüßung beteiligten sich mehrere Reichsminister, außer den preussischen Ministern, die von Amis wegen zugegen waren. — Wegen der unangenehm terroristischen Akte, die in dem Polen zugefallenen Teil Oberschlesiens an deutsche Angehörten, Arbeitern und Redaktionen lethrin verübt wurden, haben sich der Bürgermeister und die Arbeitervereine von Königshütte an den polnischen Wohnboden (Statthalter) mit der Bitte um Schutz der deutschen Bevölkerung gewandt. Der Wohnboden hat solchen zugesagt und gleichzeitig erklärt, nötigenfalls den Belagerungszu-

stand über das Unruhegebiet verhängen zu wollen. — Das Plebiszit über die Autonomie Deutsch-Oberschlesiens wird am 3. September stattfinden. — Die deutschen Behörden in Oppeln haben die Bevölkerung aufgefordert, bis zum 15. August sämtliche Waffen abzuliefern.

Nachdem im Zusammenhang mit der Ermordung Rathenaus bis zum 16. Juli bereits 23 Personen verhaftet worden waren, glaubte die Polizei, endlich der eigentlichen Mörder, in der Person younger Leute namens Fischer und Kern, bei Rosen habhaft geworden zu sein, wohin sie sich vor der Verfolgung geflüchtet hatten, aber im letzten Augenblick, als die beiden sich in ihrer Behausung (in der Saalburg) entsetzt und von allen Seiten umstellt sahen, begingen sie Selbstmord und entzogen sich auf diese Weise den Armen der Strafenden Gerechtigkeit.

Zwischen Deutsch-Oesterreich und Sowjet-Rußland haben Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages begonnen.

### Sowjet-Rußland im Orient.

II.

Der schwache Zar und der starke Milado.

Neben England ist Japan der zweite große Gegner Sowjet-Rußlands in Asien. Und ebenso wie bei England, ist es nicht nur der Klassenhaß gegenüber den Bolschewiki, sondern vielmehr ein bestimmtes imperialistisches Interesse, das Japan neben dem britischen Reich zu dem größten Feind Sowjet-Rußlands unter den kapitalistischen Staaten macht.

In den letzten Jahrzehnten ist der japanische Kapitalismus in ungeheureren Mäßen begriffen. Das eigene Land wird ihm zu eng. Zwei Wege hat der japanische Imperialismus für seine Ausbreitung: nach Osten und nach Westen. Im Osten befindet sich das starke kapitalistische Amerika. Hier hat der japanische Imperialismus jetzt nichts zu holen. Die Washingtoner Konferenz hat bewiesen, daß Japan seinem Hauptgegner Amerika noch nicht gewachsen ist.

Der Weg nach Westen war für Japan wesentlich leichter. Hier lag das schwache, rüchändige China und — bis zur letzten Zeit — das schwache, rüchändige Rußland. In China drangen die japanischen Imperialisten rasch vor. Nach und nach besetzten sie Korea, gewannen Einfluß in der Mandchurie sowie im ganzen nordchinesischen Gebiet und errichteten ihre Vorherrschaft in vielen chinesischen Mähäfen.

Der Kampf um die Eroberung Chinas zwang Japan zu einem Konflikt mit dem anderen Asien-Kontinent auf

den chinesischen Bissen — mit Japan-Rußland. Der Kampf zwischen Japan und Rußland um die Vorherrschaft in China gestaltete sich ähnlich wie der Kampf zwischen England und Rußland um Persien. Japan-Rußland kämpfte aber mit Japan unvergleichlich schwächer als mit den Engländern, und zwar deshalb, weil die Interessen in Ostasien für das russische Kapital nicht so wichtig waren wie die in Vorderasien.

Aus dem Kampfe ging Japan, der jüngere, energischere und besser organisierte Gegner, als Sieger hervor. Der russisch-japanische Krieg von 1904 bis 1905 sicherte Japan die Vorherrschaft in China, verdrängte Rußland von dem wichtigen Mähäfen Schantung sowie von der Mandchurie und gab Japan den südlichen Teil der Insel Sachalin, die von Japan-Rußland als Verbrechenkolonie verwendet wurde, in den japanischen Händen aber sich zu einem blühenden Wirtschaftsgebiet entwickelt hat.

Japanisches Vordringen nach Sibirien.

Als Rußland nach dem Weltkrieg aus den Reihen der „Siegermächte“ ausgeschieden war und seine alte imperialistische Macht verloren hatte, war für die Japaner die langersehnte Stunde gekommen. Von nun an taten sie alles, um eine weitere Schwächung Rußlands herbeizuführen und jede Konsolidierung (Zusammenfluß) zu verhindern. Japan sah jedoch von Anfang an, daß in der Fülle der durch den Bürgerkrieg in Rußland entstandenen selbständigen Staatsgebilde das nächste Schilde Sowjet-Rußland ist und nur dieser proletarische Staat die weltpolitische Macht des alten Rußland erben kann. Deshalb richteten die Japaner von Anfang an ihre Hauptkräfte gegen Sowjet-Rußland. Sie besetzten das ganze Mähäfirien, unterkühlten russische Gegenrevolutionäre im Kampfe gegen die Sowjetregierung und schloßen mit Frankreich einen Vertrag ab, der ihnen das politische und wirtschaftliche Protektorat über ganz Sibirien sicherte. Sie unternahmen ferner alles, um sich in Sibirien für die Zukunft so rasch wie nur möglich festzusetzen. Durch Syndikate, Banken und Konzessionsverordnungen leitete das japanische Kapital die Kolonisierung Mähäfiens ein. So entstand z. B. ein Konsortium mit einem Kapital von 200 Millionen Yen zur Unterstützung aller Arten von japanischen Unternehmungen in Sibirien und Korbtschalin.

Diese Kolonisationsarbeit wurde jedoch plötzlich und in sehr unangenehmer Weise durch die Sowjetregierung gestört, indem sie (im Jahre 1920) die weigardistischen Truppen unter Kollschat aus Sibirien vertrieb und in unmittelbare Berührung mit Japan gelangte. Sowjet-Rußland stand nun vor einer Entscheidung: sollte es sich in einen Krieg mit Japan fügen oder diesem Krieg ausweichen? Die Räterregierung war klug genug, die zweite

welcher in jeder Klasse drei Wochenstunden gewidmet sind, alle Gegenstände in deutscher Sprache vorgetragen. Die vier unteren Klassen bestehen aus einem gemeinsamen Unterbau; von der 5. Klasse gabelt sich die Anstalt in ein Gymnasium und in eine Realschule, so daß die Absolventen der Anstalt für den Besuch sowohl der Universitäten als der technischen Hochschulen befähigt sind.

Wenn im Herbst vor zwei Jahren die Sorge die war, ob sich genug Schüler finden würden, so müssen sich die mit dem Leben der Anstalt verwachsenen Persönlichkeiten gegenwärtig darüber den Kopf zerbrechen, wie die vielen Schüler untergebracht werden sollen. Hatten sich doch im vergangenen September 156 Schüler zur Aufnahme in die 1. Klasse gemeldet. Das Staatsgesetz schreibt aber vor, daß in einer Abteilung höchstens 60 Schüler unterrichtet werden dürfen und daß der Staatshaushalt bei einer Anstalt die Kosten für höchstens zwei Parallelabteilungen deckt. Was sollte mit den schon aufgenommenen überzähligen Schülern geschehen? Man konnte sie doch nicht wieder auf die Straße setzen und dadurch zwingen, ihre Ausbildung an fremdnationalen Schulen zu suchen? Kurzherd entschlossen sich die Professoren, in einer dritten Parallelabteilung, die errichtet wurde, den Unterricht ohne Honorar zu erteilen. Es ist wohl hinlänglich bekannt, daß Lehrer und Professoren mit irdischen Glücksgütern auch bei uns nicht überschüttet werden und es kann deshalb mit einer derartigen Opferfreudigkeit ihrerseits für die Zukunft nicht gerechnet werden. Was ist zu tun? Eine im alten Königreich schon längst bestehende und bewährte Einrichtung gibt den Ausweg an, welcher bezagen werden muß.

Wenn der Erfolg der Erziehung erproblich sein soll,

darf es an befruchtender Wechselwirkung zwischen jenen beiden Faktoren nicht fehlen, denen die verantwortliche Aufgabe der Erziehung des kommenden Geschlechts anvertraut ist. Elternhaus und Volksgemeinschaft auf der einen Seite, Anstalt und Professoren auf der anderen Seite, müssen einen Drei finden, wo Wünsche vorgebracht und Ideen ausgetauscht werden können. Als eine solche Veranstaltung bietet sich die zu errichtende Ephorie\*) an, welche aus den Eltern der Schüler, allerlei Schulfreunden und Lehrpersonen bestehen soll. Die freiwillig zu entrichtenden Jahresbeiträge sollen die Mittel beschaffen, um solche Ausgaben zu decken, für deren Bepreitung der Haushalt nicht aufkommt, wie beispielsweise überzähliger Parallelabteilungen, Ergänzung der Schülerbibliothek, Unterstützung armer, begabter Schüler usw. Wie wir unterrichtet sind, wird nächstens durch führende Persönlichkeiten eine Kommission eingeteilt werden, um neben dem deutschen Realschulmann eine vorerzogene Ephorie ins Leben zu rufen. Wir hoffen, daß möglichst weite Volkskreise werktätig mit Hand anlegen werden, eingehend des Erfahrungsfahes: Wenn die Jugend gehört, dem gehört die Zukunft!

### Amerikahilfe.

H. R. A. — Neuen Berichten der amerikanischen Presse über den Stand der Hilfswerke entnehmen wir folgendes:

1) Hilfswerk für das Deutsche Reich.

Für den „3 Millionen Dollar Drive“ sind als größte Spenden eingegangen aus: St. Elizabeth 200, Omaha 450,

\*) Ephorie bedeutet eigentlich: Aufsichtsprängel eines Ephorus, d. h. eines (Kirchen- und Schul-)Aufsehers; hier wohl so viel wie: Schulverein. D. Schriftl.

### Feuilleton.

#### Wie die Auslanddeutschen für ihre Schule arbeiten.

Einen beachtenswerten Beitrag zu diesem Kapitel liefert die „Schwabische Volkspresse“ in Temeövar im Banat, das nach der Besetzung von Ungarn zum heutigen Großrumänien gehört. Es heißt da u. a.:

Als im September 1919 das deutsche Staatsrealgymnasium in Temeövar eröffnet werden sollte, herrschte in völkischen Kreisen bange Sorge. Die Regierung, hatte als Bedingung vorgeschrieben, daß für jede Klasse sich wenigstens 20 Schüler anmelden. Werden sich diese zwanzig finden oder nicht? Das war die Sorge während jener Einschränkungsjahre. War doch das schwabische Volk im Banat durch Jahrzehnte des Gedankens entwidmet worden, daß die höhere geistige Ausbildung in der Muttersprache zu erfolgen habe. Jene Sorgen haben sich, Gott sei's gedankt, als grundlos erwiesen. Der Kern des Volkes war gesund geblieben und das Verständnis dafür nicht verloren gegangen, daß für den schweren Daseinskampf die zukünftigen geistigen Führer des Volkes in volköchem Sinn erzogen werden müssen. In dem Straßenbilde unserer Stadt tauchen seit jenen Septembertagen in immer größerer Zahl die roten und grünen Mägen auf. Die Anfangsschwierigkeiten der neuen Schule sind überwunden und es konnten in dem laufenden Schuljahr über 500 öffentliche deutsche Schüler eingeschrieben werden. Die Realschule in der Serbengasse ist ein Staatsgymnasium und wird ausschließlich vom Staat erhalten. In den deutschen Abteilungen werden mit Ausnahme der rumänischen Sprache,



lung anzunehmen. Die Sowjetmacht verzichtete auf mittelbare Betätigung in Asibirien. Diese Aufgabe überbrachte von der „Republik des fernen Ostens“, dem nach den Grundsätzen der bürgerlichen Demokratie organisierten Staate mit kommunistischer Weisheit im Erlament. Durch die Bildung dieser unabhängigen Republik wurde den Japanern der Anlaß genommen, ein regelrechten Krieg gegen Rußland anzufangen. Sie werden grüßenden, das schärfere Gewehr sinken zu sein — und Sowjetrußland gewann Zeit.

Leht ein russisch-japanischer Krieg bevor?

Gegenwärtig ist die Stellung Rußlands gegenüber Japan in Ostasien ungeheuerlich gefährdet. Die Einnahme von Bladivostok, der letzten Stütze der asiatischen Weisheit, ist nur eine Frage der Zeit. Das wird der Schlag sein, der die japanischen Truppen von einer Eroberung Ostasiens wenigstens für die nächste Zeit entgültig fernhalten wird. So steht Japan vor einer neuen Erklärung des alten westlichen Segners. Diesmal aber steht es an der Stelle des ausgeblühten, jedoch innerlich verfaulenden Imperialismus eine harte proletarische Macht, deren Interessen sich mit denen der internationalen Arbeiterklasse decken.

Es ist klar, daß die Japaner das in letzter Zeit in Ostasien erzielte nicht so leicht aufgeben werden. Es ist klar, daß der Kampf sich wieder über China, Mandschurei, Sachalin u. ausbreiten wird, wobei Sowjetrußland auch hier, in Vorderasien, seine Politik einzig und allein auf die Eroberung der unterdrückten und ausgebeuteten Völker beruhen wird. In diesen Kämpfen wird für Japan ungünstig sein, daß es Amerika gegen sich hat. Für Rußland wird günstig sein, daß es bei den Kämpfen mit dem bürgerlichen Japan noch nicht die Unterstützung einer japanischen Arbeiterklasse finden kann, wie es etwa in Indien und in England der Fall sein wird. Es gibt noch keine harte, organisierte Arbeiterbewegung in Japan. Was sonst für Sowjetrußland in seinen Kämpfen mit den kapitalistischen Ländern die günstigste Bedingung ist nämlich den Freund im Lager des Feindes zu haben, scheidet Japan vorläufig aus.

Aber nur vorläufig!

(„Die rote Fahne.“)

**Jahrmart in Waku.**

In Waku wird im September d. J. ein Jahrmart gehalten werden. Die Aserbaidjaner Regierung hat ihre Genehmigung hierzu erteilt und gleichzeitig eine Reihe von Verfügungen erlassen, welche den Bescheidern des Jahrmartes große Erleichterungen in Bezug auf die Zustellung

Stsburg 535,09, New-York 318,95 und Cleveland (aus Community Ehe) 37 500 Dollars.

Anlässlich einer Ansprache, die Dr. Paul Rohrbach in Cincinnati hielt, wurde ihm die während des Gottesdienstes gehaltene Kollekte, die 250 Dollars eingebracht hatte, als Gabe für deutsche notleidende Kinder übergeben.

**2) Hilfswerk für Deutsch-Österreich.**

Die Österreichische Heimathilfe in New-York erzielte durch Veranstaltung eines Bauernballes einen Reinerlös von 200 Dollars, der in Österreich und in den Subdenziländern verteilt werden soll.

Der schon früher erwähnten Spende von 2 Mill. Dollars der Kopfarbeiter sind von Seiten des Common-Wealth Fond Amerika Spenden im Gesamtbetrage von 364 867 Dollars zugegangen.

**„Schwäbische Sonnenstrahlen“.**

Für die Errichtung eines Kinderheims, das den Namen „Schwäbische Sonnenstrahlen“ tragen soll, hat Frau Ida Luise Doeringhaus aus Freudenstadt den Hauptstädten der Ostküste Süd-Amerikas (Buenos Aires, Montevideo, Santos, Sao Paulo und Rio de Janeiro) 1/2 Millionen Mark gesammelt und dem württembergischen Roten Kreuz abgeliefert. Eine weitere größere Summe hängigte sie der württembergischen Staatsregierung ab dem Oberbürgermeister Stuttgarts für verwickelte eine ein. Diesen Erfolg verdankt Frau Doeringhaus, eben der selbstlosen Hingabe an die gute Sache, ihrer wertvollen Epikensammlung, von der sie einen großen

ihrer Waren, wie auch auf die Ausfuhr der im Austausch dafür erhandelten Rohstoffe und Landesprodukte gewähren. Waku ist wegen seiner neutralen Lage zwischen Persien, Transkaspian, Turkestan, Nordkaukasus, Georgien und Armenien vorzüglich zum Umschlag geeignet, und ist daher anzunehmen, daß sich die auf das Unternehmen gesetzten Hoffnungen voll und ganz erfüllen werden, ja, daß es nicht bei dem einen Versuch bleiben, Waku sich vielmehr im Laufe der Zeit zu einem Kischni-Kowgorod des Südens entwickeln wird.

**Aus dem Leben der Deutschen in Georgien.**

Alexandershils, im Juli.

Nach dem Zustand der Schule urteilt man aber einen Staat, über eine Gemeinde.

Wie oft mußte ich sogar von nicht deutschen Lehrern hören, daß sie bei uns Deutschen ein besseres Schulgebäude erwartet hätten. Unser Schulgebäude ist alt, baufällig, niedrig, feucht. Sieht man nun unsere kalten, räumlichen Winter in Betracht, wo man alle Rigen sorgfältig verstopfen muß, wenn man nicht einen Haufen Schnee im Zimmer haben will, so kann sich jeder vorstellen, was für eine Luft in unsern Schulmündern herrschen muß. Außerdem ist noch zu bedenken, daß unsere waderen Kleinen oft wie die rechten Schneemänner, aber und aber mit Schnee beladen, „hahergestampft“ kommen und, da nur wenige einen Lieberzieher oder dgl. besitzen, in ihren nassen Kleidern die ganze Zeit sitzen müssen, wodurch eine sehr unzureichliche Verbrennung verursacht wird. Zu dem kommen noch die ganz unpraktischen und gesundheitschädlichen Aufsätze dazu, die einmal eine solche Hise entwickeln, daß man sich in die Tropen versetzt glaubt, dann wiederum nicht warm zu kriegen sind, daß man befürchtet, die Kleinen „Reicheln“ möchten erleiden, und man schnell kommandieren muß: „Steht — auf! Hände — auf! — ab! auf! — ab! . . . Seht euch!“

Diesem allen ist nun abgeholfen. Nach vielem Hin und Her ist es den Lehrern gelungen, die Gemeinde zu bewegen, als zeitweilige Maßnahme das Pastorat der Schule zur Verfügung zu stellen. Auch ist man nicht abgeneigt, den Neubau einer Schule so bald wie möglich in Angriff zu nehmen. Auf einer vereinigten Sitzung des Schulrates, der diesen Winter ins Leben gerufen wurde, des Kirchenrates und des Dorfantes wurde nun beschlossen, die erforderlichen Vorarbeiten sogleich in Angriff zu nehmen, und sind dazu die Herren Adam Anselm u. Adam Steiger gewählt worden, von denen anzunehmen ist, daß sie es an der nötigen Energie nicht fehlen lassen werden. Von ihnen wird es abhängen, ob das Eschlagquartier für den

Teil dem guten Zweck geopfert hat. Sie hat die Reise auf eigene Kosten und Verantwortung ausgeführt. Sie erfreute sich drüben des größten Gegenkommens der deutschen Gesandtschaften und der führenden deutschen Kreise.

(„Der Auslandsdeutsche.“)

**Briefmarken im Dienste der Wohltätigkeit.**

In den letzten Jahren haben die meisten Regierungen die Briefmarken in den Dienst der Wohltätigkeit gestellt in der Weise, daß sie besondere Ausgaben veranstalteten, deren Abbildungen auf den Zweck Bezug hatten und die mit einem gewissen Zuschlag verkauft wurden, welcher der Wohltätigkeit zugute kam. Man kann aber auch die gebräuchlichen Marken in den Dienst der Wohltätigkeit stellen. Es ist allen Menschen Gelegenheit geboten, wohlthätig zu sein, ohne in den eigenen Geldbeutel greifen zu müssen. Es gilt, armen Kindern Nahrung und Kleidung zu verschaffen. Es werden deshalb alle Erwachsenen jeden Standes und Berufes, besonders aber Kinder herzlich gebeten, alle ihnen zur Verfügung stehenden Briefmarken in kleinen und großen Mengen an Herrn A. Kiefer, Bismarckstraße 24 in Ludwigsburg (Deutschland) einzusenden. Die Briefmarken werden verkauft und der Erlös wird Wohltätigkeitsanstalten für arme Kinder zugeführt. Rechenschaftsbericht steht nach Jahresfrist zur Verfügung. Allen Gebern im voraus herzlichsten Dank.

Schreiber, der bis dahin das Pastorat bewohnte, bis zum festgesetzten Termin gerichtet sein wird. Ein Gemeindefunktionär ist dazu vorhanden, es müssen nur die Quartierrenten aufgezahlt und die nötigen Reparaturen dajelbst gemacht werden.

Mit Beginn des neuen Schuljahres können wir jedenfalls in unsere Schulchronik das freudige Ereignis der Eröffnung einer Kleinkinderschule eintragen. Sie wird ja am Anfang in bescheidenem Rahmen gehalten werden müssen, da die dazu nötige Einrichtung und Ausrüstung fehlt, auch werden nur gewisse Jahrgänge der Kinder aufgenommen werden können, doch hoffen wir, daß auch diese Schule ausgebaut und erweitert werden wird.

Ferner ist es uns Lehrern gelungen, Anschauungsbilder, Karten, Bücher für die Lehrer-Bibliothek beschaffen zu dürfen. Dieses alles fehlte bis dahin gänzlich.

Doch nicht nur an der geschilderten Tatsache sieht man das Aufleben unserer Gemeinde. Recht deutlich zeigen es auch die vollbesetzten Theaterfäle und ganz besonders die so fleißig besuchten allwöchentlichen Vorträge (Einführung in die Biologie, Gesundheitslehre und vereinzelt auch Weltgeschichte).

Auch ist der Grundstein eines Schülerorchesters gelegt. Das Geld ist in Butter umgesetzt und harret der Vermehrung, was, wie auch der Anfang mit Rindertheater-Abenden, nicht allzu schwer zu erreichen sein wird, um, günstige Gelegenheiten ausnützend, in die Tat umgesetzt zu werden. Wir hoffen, daß das auch im zukünftigen Schuljahr geschehen wird.

Wir Lehrer können uns also ein freudiges „Glückauf“ für das kommende Schuljahr zursen. Welches freundbare Stimmung, wenn man aus einer wohlgestalteten Schule in eine solche kommt, wo alles darniederliegt, und dann die Anfänge einer neuen freudigen, hoffnungsvollen Zukunft erleben darf.

Unsere wirtschaftliche Lage verschlimmert sich zusehends. Im Mai wurden vom 11. bis 21., also in 20 Tagen, in die Käseerei 4275 Pfd Milch geliefert. Wir besitzen ungefähr 1200 Melkkühe. Eine Kuh lieferte also pro Tag 7 Pfd. Milch. Sehr wenig! Besser sah es in der Woche vom 18.—25. Juni aus. Es wurde geliefert 2950 Pfd; das macht pro Kuh auf den Tag 14 Pfund. In der verfloffenen Woche sank aber das Quantum der Milch rapid. Es steht mir leider nur das Material für zwei Lieferungen zur Verfügung. Da lieferte die Kuh pro Tag 5—6 Pfd. Und jetzt sehe es, wie der Käse behauptet, noch schlimmer.

Sieht man nun in Betracht, daß es unter diesen 1200 Kühen ganz bestimmt auch solche gibt, die mehr als den oben erwähnten Durchschnitt liefern, so muß es viele Kühe geben, die 1—3 Pfd. Milch täglich liefern. Solche Kühe sind meines Erachtens nicht einmal den Hirtenlohn im Sommer, geschweige denn das Winterfutter wert. Es ist ja nun auch Tatsache, daß man bei uns die letzten Jahre eine Unmenge von Kartoffeln zum Ankauf von Heu verwenden mußte, daß also unsere Kühe nicht nur keinen Gewinn geben, sondern nicht einmal ihr Futter „verdienen.“ Wo liegt nun der Fehler? Man wird mir antworten: „An der Weide.“ Ich gebe zu: „Zum Teil!“ Der Fehler liegt vielmehr an unserer falschen Wirtschaftspolitik. Man ist nämlich immer bestrebt, nur recht viel Vieh aufzuzüchten und zu kaufen, und ja nur nicht dem oder jenem Mitbürger in der Zahl der Kühe nachzusehen, und achtet nicht darauf, ob es eine gute Milchkuh ist, wenn sie nur etwas Milch gibt, denn „aus Tropfen gäbe es ja Meere.“ Doch nur hier nicht! Wer sich von der Nichtigkeit dieser meiner Behauptung überzeugen will, der betrachte nur genau die von der Weide heimkehrende Rinderherde, und er wird sehen, daß es darunter eine Unmenge solcher gibt, die ein Euter haben, das kaum die Größe von 2 Fäusten erreicht. Solch eine Kuh frist aber genau so viel Gras wie eine gute, und da wir, wie gesagt, eine große Zahl solcher Kühe haben, so bekommt weder die schlechte noch die gute Milchkuh satt zu fressen. Das Ergebnis ist nun, daß auch die gute Milchkuh eine schlechte Milchspenderin wird. Bekommt nun die Kuh im Sommer nicht satt zu fressen, so braucht sie im Winter desto mehr Futter, und man kommt zum Endresultat, daß sich, wie auch alle unsere Kolonisten behaupten, die Milchwirtschaft „nicht mehr lohne.“ — Es kommt also nicht darauf an, daß wir viel, sondern gute Kühe haben. Als wir vor einigen Jahren nur 80 Milch-

lieferanten hatten, konnten wir die stättliche Zahl von 400 Pud Milch pro Tag sehen lassen, jetzt dagegen haben unsere 150 Lieferanten bei einer viel größeren Zahl von Kühen nur ungefähr 200 Pud Milch aufzuweisen.

Soll die Kuh viel Milch produzieren können, so ist vor allem auch darauf zu achten, daß die Weide nicht sehr weit entfernt und dort in der Nähe Trinkwasser für das Vieh vorhanden sei. Bei uns trifft beides nicht zu. Auch müßte strenge Aufsicht über die Hirten geführt werden: daß sie die Herde beim Weiden auseinander treiben, das Vieh nicht mißhandeln und beim nach Hause treiben nicht jagen. Da sieht es nun bei uns ganz traurig aus. Wieviel Vieh wußte dieses Jahr schon abgeschlachtet werden mit den schließlichen Anzeichen der Mißhandlung: eingeschlagenem Schädel, abgeschlagenem Rückgrat, abgeschmissenen Weinen und Hörnern u. dgl. Zum Glück sind diese Unmenschen von Hirten bei der Nacht pöblich verschwandern und überließen das ganze Vieh sich selbst.

Soll sich die Milchwirtschaft bei uns lohnen, so ist vor allem die Zahl der Melkfäße zu verringern und dann gute Milchlieferantinnen anzuschaffen, zumal wenn wir unsere Butterwerke nicht nach dem erzeugten Quantum Butter, sondern nach der Zahl unserer Milchfäße zu entrichten haben. R. P. . .

### Zur Frage der Berufswahl.

Von Emil Walker, cand. phil. (Tübingen).

Die Zahl der Gläubigen, die auf natürliche Weise im Dienste der Väter unentwegt nachfolgten, mußte im Laufe der Zeit, in dem Maße, als der Kampf um das Dasein erschwert wurde und das Ellenbogensystem, d. h. der Konkurrenzkampf, Platz griff, wie überall, so auch in unseren Kolonien mehr und mehr abnehmen. Es entstand die Frage der Berufswahl. Nach den großen Umwälzungen der letzten Jahre ist sie für sehr viele Kolonisten erst recht akut geworden. An wie so manchen Kolonistenvater tritt sie heute ernstlich heran, wenn ein neuer Sprößling zur Welt kommt! Der Vater konstatiert, daß die Zeiten verschwunden sind, wo durch uneingeschränktes Landverwerb eine tybeliebige Zahl von Söhnen mit städtischen „Wirtschaften“ versehen werden konnte, und er blickt mit Bangen in die Zukunft.

Wir fragen mit den nachdenklichen und besorgten Vätern: Was soll aus den Kolonistenjüngern werden, die in ihrem Heimatort als Landwirte nicht mehr Platz finden? Fragen wir gleich weiter: Was soll aus den Kolonien überhaupt werden?

Können und dürfen sie als Pflanzstätten deutscher Kultur ihrer lebendigen Triebkraft entsprechend weiter ausgebaut werden? Oder werden sie eingetafelt in einen Ring statischer Routine und unwiederänderlicher Gebundenheit? Sollen sie stillhalten in ihrem Wachstum und in ihrer Entfaltung, bis fremdartige Kulturen sie überwuchern, ihren deutschen Charakter geraubt, ihr Deutschtum zerstückt und aufgelassen haben?

Im Sinne der heutigen Regierungen und Verfassungen der betreffenden transkaukasischen Länder liegt es nicht, und, ich glaube, auch nicht in deren Interesse, daß die deutschen Kolonien als solche allmählich verschwinden. Nichtsdestoweniger muß die schlimmste der Möglichkeiten mit Naturunwendigkeit eintreten, wenn man den Dingen ihren Lauf läßt. Was soll denn werden, daß es umfangreicheren Kolonien, die bereits für kleine Städte gehalten werden und das Recht des Erwerbs von Haus und Hof Nichtkolonisten nicht mehr lange werden vorenthalten können (wie z. B. Katharinenfeld und Annenfeld, nachdem sie zu Kreisauptstädten erhoben sein werden oder schon erhoben sind) eines schönen Tages ebenso ergeht, wie der ehemaligen Kolonistengemeinde Neu-Tiflis? Auf die Dauer, wenigstens von selbst, nicht. Und von der Auflösung der Dörfgemeinde ist es nicht mehr weit bis zumänzlichen Aufgehen ihres Deutschtums in fremden Volkstum. Wir müssen den Mut haben, einer derartigen, im Bereiche der Möglichkeit liegenden Entwicklung entgegenzutreten, und das Beste, was unter solchen Umständen angängig ist, zu tun suchen.

Die Gefahren, denen das Deutschtum unserer Kolonien ausgesetzt ist, sind so nahelegend, daß sie sich jeder ohne tiefes Nachdenken vor Augen halten kann.

Es ist auch klar, daß Abhilfe nicht im Handumdrehen geschaffen werden kann, sondern, daß es vieler Jahre und einer sorgfältigen Vorbereitung dazu bedarf.

Das Schicksal der Kolonien wird zum großen Teil davon abhängen, wie das jetzt heranwachsende Geschlecht einst seine Aufgabe auffassen und wie es zu ihrer Erfüllung vorbereitet sein wird.

Auf die Erziehung im weiteren Sinne, die wir unserer Jugend angedeihen lassen, wird es in hohem Grade ankommen.

Ueber die Erziehung in unseren Kolonien läßt sich sehr viel und, offen gestanden, nicht gerade Richmenswertes sagen. Von einer Erziehung, sofern darunter zielbewußte Erziehung für eine bestimmte Lebensaufgabe zu verstehen ist, ist nicht zu reden; die erzieht in den Kolonien nicht. Schon die einfachste Erziehung lag da ziemlich

im Argen, die Erziehung zum anständigen Menschen. Wie oft wurde das von den Lehrern in der Schule mühsam Erreichte und die an Höglinge herangebrachte im Elternhause wieder geringfügig verworfen!

Die Zeit stellt indessen an uns heute entschieden die Forderung nicht nur einer einfachen Erziehung und Ausbildung zum „harmonischen Menschen“, bei welcher dem Walten der Natur ein weiterer Spielraum gesondert werden mag, sondern sie verlangt angeht die besonderen Mission, die uns auferlegt wurde, eine kunstvolle und zielbewußte Erziehung unserer Jugend.

Es ist nicht meine Aufgabe, ein Traktat über die Erziehung zu schreiben. Es soll aber hier auf zwei Seiten hingewiesen werden, in denen sich die Erziehung unserer Jugend mit besonderem Nachdruck zu vollziehen hat. Das sind: Wirklichkeitsinn und Gemeininn.

Im Geiste des Wirklichkeitsinnes und des Gemeinnes haben einige Männer Katharinenfeld ein Schreiben an den Verband Stud. R. D. i. Deutschl. gerichtet. Abgesehen von der Bemerkung über den Idealismus, der bei unseren Mitbürgern wahrlich nicht im Übermaße vorhanden ist, stimmen wir dem im Schreiben enthaltenen Aufspruch vollkommen zu. Auch wir sind der Ansicht, daß wir vorzüglich Berufe praktischer Art ergreifen müssen und daß wir Kolonisten heute Tatsachen gegenübersehen, mit denen die Wahl des Berufes nach des Jüngers Lust nicht gut in Einklang zu bringen ist.

Aber, müssen wir hinzufügen, man soll den Baum biegen, solange er grün ist.

Die Wahl des Berufes ist nicht nur eine momentane und zufällige Willensentscheidung des Abiturienten und nicht nur seine Sache. Die Erziehung von Jugend auf, in der Schule sowohl als im Hause, und die Gesellschaft bedingen diese Wahl mit.

Wenn eine kluge erzieherische Anleitung von Hause aus nicht auffindet, dann ist der Betreffende ganz den Einflüssen der Schule und der Gesellschaft preisgegeben.

Wir wollen unseren Eltern keine Korrekturen machen. Es kann aber nichts schaden, wenn wir konstatieren, daß es bei uns oft an der einsichtsvollen Anleitung gefehlt hat. Die Eltern stellen sich zwar die Frage: Was soll aus dem Kinde werden? aber aus Mangel an der nötigen Erfahrung beantworteten sie sie nicht gehend und machten ihre Rechnung vielfach ohne den Wirt: sie wollten das Eine, was das Richtige gewesen sein mag, die Schule zeitigte aber ihrem Geiste gemäß ganz andere Resultate, als notwendig gewesen wären, um den Wünschen der Väter zu entsprechen.

Leider ist kein Unterricht zu merken zwischen dem Ergebnis bei Abiturienten älterer und jüngerer Jahrgänge. Von dem Abiturienten (der Mittelschule) von 1912 wie von dem von 1920 gilt, daß er es mit „seiner“ „gelehrten Würde“ unvereinbar hielt, die weitere Ausbildung und berufliche Vorbereitung wo anders, als auf einer Höglschule zu suchen.

Der Grund hiervon? Ein übertriebener Kult des schätzbaren Wissens, der Unzulänglichkeit, vielleicht auch die Scheu vor der „rauen Handarbeit“!

Weiters charakterisiert besonders die russische Intelligenz der Vorkriegszeit, die sich diesbezüglich gewisse Ansichten einer feudalen Aristokratie zu eigen gemacht hatte und für einen bräutlich veranlagten Deutschen, auch dann, wenn er Genie besaß, nur ein verabsäumtes Käselkind übrig hatte: „Ne, so kleinlich sind wir nicht!“ Man denke an den Gegenhelden des Oblomow in dem gleichnamigen vortrefflichen Roman von Gontscharow, an den Deutschen Stolz, der mit seinem auf das praktische Leben eingelehrten Sinn für ein gefundenes deutsches Empfinden ein tadelloser Kerl, ja, der Held ist, den aber der russische Intelligente geniert war, worzüglich noch hinter Oblomow zu setzen, weil er die großartige, dem russischen Intelligenzen von damals über alles gehende Verachtung für das Alltägliche, das Reale nicht in gleichem Maße besaß! — Die Generation der Vorkriegszeit war in vieler Hinsicht schon anders geartet als die Oblomowische, aber der Grundzug ihres Charakters blieb nach wie vor: die allzu große Verachtung des Alltags und der werktätigen Arbeit.

Von diesem Geiste — für unsere unarmherzig raue Kolonistenwirklichkeit ein wahres Gift! — haben wir Jüngeren eingelesen. Das ist es, was uns wirklichkeitsfremd erscheinen läßt!

Leider reicht, wie schon angedeutet, die Anstufung bis herab auf die letzten Abgänge des Deutschen Realgymnasiums in Tiflis und der Realschule in Helenendorf. Es ist das nicht verwunderlich, denn nicht die Schule allein, sondern der Geist der Gesellschaft spricht daraus. Die Stadtlust ist durchdrungen von diesem Geiste!

Es ist Aufgabe der deutschen Schule, sich dieser Seite der Erziehung namentlich bei der in den Städtchen weiter lernenden Jugend, mit besonderer Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Statt der Schöngeisterei — mehr Wirklichkeitsinn! Wenn der da ist, fällt das „Studierenwollen unter allen Umständen“ von selbst weg. Schule, Haus und Gesellschaft haben dafür zu sorgen, daß das dazu verleitende Gift rechtzeitig aus dem jungen Blute auf rationelle Weise entfernt wird. Zur Aufklärung der Eltern und

der Gesellschaft hierüber haben die „R. P.“ und die rufenen Fiedern unserer Pädagogen ein dankbares Feld

Das massenhafte Studieren birgt weitere Gefahr in sich. Die Höglschulbildung einer großen Schicht bei uns nicht die vollen Früchte bringen, solange sie in einem stärkeren Kolonistenum von mittlerer Bildung verurzelt ist. Es entsteht ein heimliches Mißverhältnis der Entwicklungsschaden, mit einem Mal auf der ganz Linie zu weit hinausgezogen — vom Bauern zum Akademiker —, muß zerbrechen. Wenn das Bindeglied, das in selbgebildete Bürokratum fehlt, muß die große Masse Akademiker der Bauernmitte, aus der sie hervorgegangen sind, entfremden und einen für sich geschlossenen Kreis bilden. Oder aber die studierten Herren werden in ihrer Lebens- und Handlungsweise der gewöhnlichen Bildung nie entsprechen können und durch die dauernde Verärgerung mit Leuten die auf viel niedrigerem Niveau stehen, wieder verbaucht. In diesem glücklichen Falle würden wir uns doch fragen: Wo war der kolossale Aufwand an Zeit, Geld und Lebenskraft? Verprechen wir uns aber lieber von der gleichen Möglichkeit nicht allzuviel zu verlangen und erkennen wir nie, daß der Durchschnittsbauer und der Akademiker zwei Elemente sind, die sich ohne ein drittes nicht gut ineinander auflösen. (Schluß folgt.)

### Regierungsland oder Privatland für Auswanderer?

(Eine wichtige Frage für Auswanderer und Ansiedler.)

D. A. J. — Es gibt heute nur wenig Staaten, wofür dem Einwanderer Regierungsland zur Verfügung steht. Paraguay genährt solche Einwanderer in Größe von 11 20 ha. Argentinien und Mexiko stellen solches hin und wieder in Aussicht, wodurch zahlreiche Auswanderer immer wieder angelockt werden. In Brasilien gibt zurzeit nur die Staat Minas Geraes einige Regierungsländereien. Im übrigen Brasilien ist keine mehr vermessen. Im ganz sind also die Aussichten auf Regierungsländereien für Auswanderer sehr viel ungünstiger, als sie vor dem Kriege waren. Dyne erhebliche Kapitalien, die in die Hunderttausende gehen, ist jedenfalls heute auf solchen Regierungsländereien kaum etwas anzufangen.

Welche Enttäuschungen Siebler auf solchen Regierungsländereien erleben können, darüber berichtet das „Argentinische Tageblatt“ vom 11. März. Im Jahre 1921 erließ die argentinische Regierung ein Siedlungsdekret, wonach in verschiedenen Territorien große Landkomplexe für Kolonisten bestimmt wurden. Ende Januar 1922 machte eine neue Verordnung der Regierung diesen Erlaß wieder so gut wie wertlos. Früher konnte sich ein Kolonist im Nationalterritorium Missiones auf Regierungsland setzen und anfangen arbeiten. Sobald er dann sein Geschäft um den Besitz einrichtete, verlangte die Regierung den Preis von 2 Papirpesos für den Hektar. Nach dem neuesten Erlaß setzt die Regierung den Siedlern 90 Tage Frist zum Bezahlen von Papierpesos für den Hektar. In diesem Fall kommt der Kolonisten das Land teurer, als bei einer Kolonisationsgesellschaft, da er ohne den definitiven Besitztitel kein Land verkaufen kann, die Vernehmung selbst bezahlen muß und teure Unterstufung erhält. Bei einer Kolonisationsgesellschaft, er 25–30 Pesos für den Hektar zahlen muß, erhält er das Land vermessen, hat Wege und Brücken, kann sofort Beschlagen, sein Holz verkaufen und hat im Notfall bis zu dessen Ernte Kredit. Wenn auch bei privaten Kolonisation oft Mißstände auftreten, so ist in solchen Fällen der Kolonist doch besser dastehend, als wenn er sich den Siedler ein bürokratischer, ihn in seinem Fortschrittskommen hinderndes staatliches Verwaltung anvertraut.

Das Blatt fährt fort: „Wer die Verhältnisse hier kennt, weiß, mit welchen Schwierigkeiten die Kolonisten zu kämpfen haben und wie wenig bis jetzt trotz aller Vorstellungen und Seiten der Regierung geschieden ist. Dieser Erlaß, der das Territorium äußerst schädlich ist und Verblüdung von den Kolonien hervorgerufen hat, mußte nicht im Interesse der Regierung, sondern aus des Landes zurückgezogen werden, da er die Entwicklung des staatlichen Rückgrates, eines freien unabhängigen Bauernstandes, hindert.“

Es bleibt also immer wieder bei dem alten Riete Südamerika: Zuerst große Versprechungen, aber hernach keine Erfüllung. Was kann den deutschen Auswanderern das schon argentinische Heimstättengesetz nützen, wenn es nachher niemals ratifiziert wird, und die mühtig sich darauf verlassenen Auswanderer und Ansiedler nachher drörrig enttäuscht werden?

Herausgeber: Der J.-B. des Verbandes der transkaukasischen Deutschen. — für die Redaktion verantwortlich: Cand. jur. Alexander Fufajeff, im Auftrage der Redaktionskomitees.